

PB.L-01-175-2 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Antragsteller*in: Christian Althoff (KV Köln)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 174 bis 178:

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu strebenwollen wir neben die Förderung der erneuerbaren Energien aus der CO₂-Abgabe mitfinanzieren um die Senkung oder Abschaffung der EEG-Umlage einzu erreichen. Zusätzlich streben wir die Schaffung von Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen-CO₂-Einnahmen, die nicht für die Finanzierung der Förderung erneuerbarer Energien benötigt werden, an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf. So kann man mit Klimaschutz Geld verdienen und es findet ein sozialer Ausgleich im System

Begründung

Begründung: Die CO₂-Bepreisung soll der Finanzierung der erneuerbaren Energien dienen. Durch die Abschaffung der EEG-Umlage erreichen wir gleichzeitig eine Entlastung der Bevölkerung. Die Umstellung auf Erneuerbare Energien erfordert eine enorme finanzielle Anstrengung, die über die CO₂-Abgabe elegant erbracht werden kann. Die Abschaffung der EEG-Umlage begünstigt gleichzeitig den Energieträger Strom, der mit zunehmendem Ausbau der erneuerbaren Energie immer klimafreundlicher im Vergleich zu anderen Energieträgern wird. Wir benötigen günstigen Strom für den Betrieb der vielen Wärmepumpen und der Elektromobilität.

Der ÄA wurde im Partei-AK Klima und Umwelt des KV Köln am 22.04.2021 beschlossen.

weitere Antragsteller*innen

Anne Roth (KV Köln); Jana Dreston (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Stefan Behrens (KV Köln); Andreas Rüter (KV Köln); Jonas Günther (KV Köln); Dominik Brendel (KV Köln); Hans Schwanitz (KV Köln); Benedict Wieters (KV Köln); Bärbel Hölzing-Clasen (KV Köln); Philipp Staudt (KV Köln); Ildiko Zoe Mermagen (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Markus Burbach (KV Köln); Barbara Ostermann (KV Köln); Michael Beck (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln)